

„Da ist irre viel abkassiert worden“

Leiharbeit und Werkverträge: Das Outsourcing zur Umgehung von Lohn- und Sozialstandards ist keine deutsche Spezialität

CHRISTIAN SCHREIBER

Anlässlich Hunderter Corona-Infektionen stehen die deutschen Großschlachthöfe seit Wochen im medialen Blickfeld. Nun sind auch 147 Mitarbeiter in einem niederländischen Schlachthof des Vion-Konzerns in Groenlo unweit von Vreden im Münsterland positiv auf Sars-Cov-2 getestet worden. Laut dem Lokalblatt *De Gelderlander* leben 79 der infizierten Arbeitsmigranten in Deutschland und seien bei Leiharbeitsfirmen angestellt.

In Wien ist hingegen die halbstaatliche Österreichische Post AG in die Schlagzeilen geraten: „Heer verteilt nun Briefe“ titelte die *Kronenzeitung*. Zuvor waren in den Verteilzentren in Wien-Inzersdorf und Hagenbrunn bei Korneuburg (Niederösterreich) 138 Corona-Infektionen festgestellt worden. Ein Teil der Postmitarbeiter wohnte in einem Asylheim in Wien-Erdberg, das unter Quarantäne gestellt worden war. Die bei einer Leiharbeitsfirma angestellten Araber und Somalier seien dennoch mit Bussen in die Logistikzentren gebracht worden. Die Verteilung von Paketen und Briefen sowie die Desinfektion mußten nun Soldaten übernehmen.

Hinzu kommt eine politische Dimension: Die drei obersten Post-Manager verdienten 2018 je 1,8 Millionen Euro – das Fünffache von Bundespräsident Alexander Van der Bellen. Frank Appel, Chef der vom Umsatz her 30mal größeren Deutschen Post AG, kam auf 8,2 Millionen Euro Jahresgehalt. Verwalter wird die staatliche Post-Beteiligung von ÖVP-Finanzminister Gernot Blümel, der im Herbst den Wiener Bürgermei-



Greenpeace-Protest gegen die Fleischindustrie: Deutschland ist in der Branche als „Billiglohnland“ bekannt

ster Michael Ludwig (SPÖ) ablösen will. Bereits 2019 stand die Österreichische Post in der Kritik, weil sie Adressdaten mit mutmaßlicher Parteiloyalität für Wahlwerbung verkauft haben soll.

„Nicht mehr krank zur Arbeit kommen“

In Deutschland gab es in Amazon- oder Postverteilzentren zwar ebenfalls einige Corona-Fälle, doch bislang steht nur die „moderne Sklaverei“ in der Fleischindustrie (Pfarrer Peter Kossen,

JF 21/20) auf der politischen Agenda. Das 2017 verabschiedete Gesetz zur Sicherung von Arbeitnehmerrechten in der Fleischwirtschaft hat an unzumutbaren Zuständen und der Ausbeutung wenig geändert. Nun soll es ein „Arbeitsschutzprogramm für die Fleischwirtschaft“ richten: Ab 2021 soll das Schlachten und die Verarbeitung von Fleisch nur noch durch Beschäftigte des eigenen Betriebes zulässig sein. Werkverträge und Leiharbeit wären damit nicht mehr möglich, versprach Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD).

Über das DGB-Projekt „Faire Mobilität“ sollen die meist aus Rumänien oder Bulgarien stammenden Beschäftigten in ihrer Heimatsprache über ihre Rechte und die Arbeitsvorschriften aufgeklärt werden. Zudem soll es mehr Kontrollen und Mindeststandards bei der Unterbringung geben: Die Arbeiter „wohnen zu eng aufeinander. Sie haben zu kleine Wohnungen, zu viele Leute sind darin, es gibt zu wenig Sanitärräume. Das ist ein riesenproblem“, klagt Thomas Bernhard von der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten (NGG).

Der Verband der Fleischwirtschaft (VDF) hält wenig von den Plänen. Heil lasse sich von den Gewerkschaften „aufhetzen“, meinte VDF-Geschäftsführerin Heike Harstick. Der SPD-Minister stigmatisiere ihre Branche: Das Verbot von Werkverträgen in großen Fleischbetrieben – aber nicht für Betriebe des Fleischerhandwerks – sei „eine willkürliche Diskriminierung“. Immerhin gestand der VDF die „sofortige Abschaffung der Beschäftigung auf Basis der A1-Regelung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall“ zu. Denn eine Beschäftigung ohne „Regelung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall“ ermutigt dazu, krank zur Arbeit zu kommen“, so der VDF. Auch „ein Prüfungsrecht des Auftraggebers zur Einhaltung der Arbeitszeiten von Werkvertragsarbeitnehmern“ soll es künftig geben.

Warum der VDF in heller Aufregung ist, schilderte Andrea Fink-Keßler kürzlich im Deutschlandfunk: „In Dänemark hatte Danish Crown 30 Euro für einen Schlachter bezahlt in der Stunde. Dann haben die ab 2005 angefangen, die Schweine nach Deutschland zu fahren, und dort mußten sie nur 15 bis 13 Euro bezahlen“, erklärte die Chefin des Verbandes der Landwirte mit handwerklicher Fleischverarbeitung (VLhF). Deutschland sei als „Billiglohnland“ bekannt – dank der Werkverträge und Subunternehmern, die maximal zehn Euro bezahlen. Davon gingen auch noch die Kosten für den Schlafplatz, die Arbeitskleidung und die Werkzeuge ab: „Da ist irre viel abkassiert worden in dem System“, so die VLhF-Vorsitzende.

► www.faire-mobilitaet.de
► www.v-d-f.de/news/pm-20200518-0137

Pendeln förderte die Corona-Ausbreitung

BERLIN. Andreas Mense und Claus Michelsen vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung halten interregionalen Pendlerverkehr für einen Hauptverbreitungsweg des Coronavirus (*DFW aktuell* 43/20). „Schlechte Witterung und eine hohe Bevölkerungsdichte waren weitere Treiber des Infektionsgeschehens“, so die DIW-Ökonomen. Flüchtigere Kontakte beim Einkaufen oder volle Parks in Großstädten hätten die Infektionsdynamik kaum beschleunigt. Deswegen könnten – bei strengen Hygienevorgaben – Handel und Dienstleister ihren Geschäftsbetrieb wieder aufnehmen. Problematischer seien hingegen enge Arbeitskontakte: „So sitzen Menschen in Großraum- und Gemeinschaftsbüros in der Regel mehrere Stunden nebeneinander, während Aufenthalte in Geschäften in vielen Fällen nur wenige Minuten dauern.“ Daher sollten die Möglichkeiten des Homeoffice weiterhin verstärkt genutzt werden. Dies verursache keine großen Kosten, aber es reduziere sich „vor allem die Frequenz, mit der sich Menschen aus verschiedenen Wohnorten begegnen, was die Ausbreitungsdynamik stark abbremsen kann“. (fis)

► andreas-mense.de/covid19

Solide Kapitalbasis des deutschen Mittelstands

KÖLN. Der Corona-Lockdown hat zu starken Umsatzausfällen bei etwa 2,2 Millionen Firmen in Deutschland geführt – über der Hälfte des Gesamtbestands. Liquiditätshilfen des Staates könnten zwar eine Überbrückungshilfe leisten, verhindern jedoch nicht eine Überschuldung der Unternehmen bei fortschreitendem Kapitalverzehr, warnt eine aktuelle Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (*IW Report* 24/20). „Stabilisierend wirkt in dieser kritischen Situation die gute Eigenkapitalbasis, die sich die mittelständischen Unternehmen in den letzten 20 Jahren aufgebaut haben“, erklärte IW-Ökonom Klaus-Heiner Röhl. Kleinunternehmen und mittelständische Personengesellschaften hätten ihre Bilanzstruktur am stärksten verbessert. Die solide Kapitalausstattung des deutschen Mittelstands werde Insolvenzen zwar nicht verhindern, wirke jedoch als Existenzsicherung. (fis)

► iwkoeln.de/studien/iw-reports

Gewinn an qualitätsgewichteten Lebensjahren

Gesundheit und Ökonomie: Schlußfolgerungen aus der Ifo-Helmholtz-Studie zur Eindämmung der Corona-Pandemie / Schwierige Optimierungsaufgaben

DIRK MEYER

Gibt es einen Konflikt zwischen Wirtschaft und Gesundheit? Die Antworten auf diese Frage kennzeichnen die derzeitige Lockerungsdebatte. Dabei geht es für jeden von uns um die persönliche Betroffenheit: Der 85jährige, rüstige, aber hochgefährdete Rentner mit einer Rentenerhöhung von 4,20 Prozent (West); die auf 100 Prozent Kurzarbeit befindliche Reisefachfrau (20 Jahre); die kurz vor der Pleite stehende Firmeninhaberin des Reisebüros; das berufstätige Ehepaar mit zwei Kindern im Kita-Alter. Eine Studie des Ifo-Instituts und des Helmholtz-Zentrums für Infektionsforschung (HZI) gehen dieser Frage aus der Vogelperspektive nach: Was ist der wirtschaftlich optimale Weg der Öffnung, der mit einer weiteren Eindämmung der Epidemie in Einklang zu bringen ist.

In gemeinsamer Arbeit zeigen Epidemiologen und Ökonomen die zusätzlichen Covid-19-Toten und die wirtschaftlichen Kosten bei jeweils unterschiedlichen Reproduktionszahlen

(R-Wert) auf. Als wesentliche Bedingung ihrer Analyse setzen sie als Zielgröße 300 Neuinfektionen pro Tag. Nur in dieser Größenordnung können die 400 Gesundheitsämter mit ihren personellen Kapazitäten Kontaktpersonen identifizieren und die Quarantäne-Situation handhaben.

Am 20. April ermittelten die Autoren einen R-Wert von 0,627. Im Mittel steckten also drei mit Sars-CoV-2 infizierte zwei weitere Person an, so daß die Zahl 300 in etwa 40 Tagen zu erreichen gewesen wäre. Hier scheint eine erhebliche Abweichung zu den Zahlen des Robert-Koch-Instituts (RKI) vorzuliegen, denn dies veröffentlichte zeitgleich einen Wert von 0,9 – dazu später. Derzeit kommen täglich 800 Neuinfizierte hinzu, und der R-Wert liegt ebenfalls bei etwa 0,9. Die Zielzahl wäre danach erst in etwa einem halben Jahr erreicht.

Es besteht folgender Zusammenhang: Will man die Zielzahl schneller erreichen, setzt dies einen geringeren R-Wert voraus, der nur unter relativ hohen Beschränkungen möglich wäre. Das Ergebnis wären geringere Todeszahlen bei hohen wirtschaftlichen Verlusten.

Alternativ rechnen die Autoren bis zur Verfügbarkeit eines Impfstoffes mit einer konstanten Reproduktion (R-Wert 1), der nach einer Prognose des Paul-Ehrlich-Instituts im Juli 2021 einsatzbereit sein soll. Dies ist zugleich der Zeithorizont der Untersuchung.

Abweichende und unsichere Daten

Aufbauend auf den epidemiologischen Szenarien werden bestimmte Shutdown-Zeiten errechnet, wobei die Intensität der Maßnahmen variiert. Die damit verbundenen wirtschaftlichen Ausfälle basieren auf den Ifo-Konjunkturumfragen bei Unternehmen. Bei einem höheren R-Wert muß der Shutdown länger durchgehalten werden, da das angestrebte Ziel von Neuinfektionen pro Tag langsamer erreicht wird. Allerdings können die Beschränkungen sofort gelockert werden, so daß die Wirtschaftsleistung auch während des Shutdowns zunimmt. Entsprechend gilt bei niedrigeren R-Werten das Gegenteil.

Immer vor dem Hintergrund der Zielzahl 300 Neuinfizierte würde ein

R-Wert von 0,75 den geringsten Verlust an Wirtschaftskraft mit 4,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts bei etwa 10.000 Toten ermöglichen. Ein geringerer R-Wert würde aufgrund intensiverer Beschränkungen zu Verlusten führen und kaum positiv auf die Zahl der Todesfälle wirken. Ein höherer R-Wert würde infolge einer längeren Shutdown-Zeit starke wirtschaftliche Folgen bei einem erheblichen Anstieg der Toten ergeben. Im Ergebnis verlaufen die Kosten U-förmig mit einem Minimum bei einem R-Wert 0,75. Deshalb raten die Forscher zu leichten schrittweisen Lockerungen.

Wir wissen wenig, aber davon viel. Fachübergreifende Studien sind gerade in Zeiten hoher Unwissenheit von hohem Nutzen, zumal die Autoren an verschiedenen Stellen auf die Grenzen der Aussagefähigkeit hinweisen und „vor einer direkten und engen quantitativen Interpretation dieser Resultate“ abraten. Ein augenfälliges Problem sind abweichende und unsichere Daten.

So irritiert die R-Wert-Abweichung vom RKI (0,9 statt 0,627) zum Anfangszeitpunkt der Studie, denn gemäß RKI-Wert müßten die Maßnahmen eher

angezogen werden. Zudem steht die Zielvorgabe mit 300 Neuinfektionen in Frage. Eine bessere Ausstattung der Gesundheitsämter, die Bereitstellung einer datenschutzgemäßen, dezentralen und freiwilligen Corona-App hätten große Wirkungen auf einen höheren optimalen R-Wert. Auch ist spätestens nach Boris Palmers Äußerung „Wir retten in Deutschland Menschen, die in einem halben Jahr sowieso tot wären“ ein Denkverbot gefallen.

In der Medizinforschung ist der Begriff vom Gewinn an qualitätsgewichteten Lebensjahren ein durchaus handlungssteuernder Maßstab – warum nicht auch in der Corona-Diskussion? Schließlich ließe sich der Shutdown auf die hochgefährdeten Personen beschränken – zu Lasten deren Freiheiten.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg. „Das gemeinsame Interesse von Gesundheit und Wirtschaft: Eine Szenarienrechnung zur Eindämmung der Corona-Pandemie“ (Ifo-Schnelldienst 6/20:

► ifo.de/Doc/Dcl/sd-2020-digital-06-ifo-helmholtz-wirtschafts-gesundheit-corona_1.pdf

Zahl der Woche

Auf 566 Milliarden Euro sind im ersten Quartal 2020 die Exporte des Euroraums in die restliche Welt zurückgegangen – das waren 1,8 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. Die Wareneinfuhren sanken allerdings noch stärker: um 4,1 Prozent auf 512 Milliarden Euro.

(Quelle: Eurostat)

B M V
Berliner Medienvertrieb
Print und Online

JUNGE FREIHEIT

**WERBEWIRKUNG?
SCHWEINEGÜNSTIG!**

Kleinanzeigen in der JF · Herr Beck
beck@berliner-medienvertrieb.de
Telefon 030 - 86 49 53 - 67

La Mariposa
Gemeinnütziger Verein zum Schutz der Schmetterlinge e.V.
Global denken-Lokal handeln.
Spendenkonto 6-854045 Landesbank BAWU BLZ 600 501 01
www.la-mariposa.org

Warum nicht mal werben für das Medium,
auf dem Sie diese Werbung lesen.
Wir sind dabei.
www.feuerzange-derfilm.de

**Wartburgregion erleben –
100% bio genießen**

**STIFTSGUT
WILHELMS
GLÜCKS
BRUNN**
BIOHOTEL • CAFÉ
RESTAURANT

Hotel und Ferienwohnungen am Werratal - Radweg · Biomarkt mit
Vollsortiment · 100% Bio-Restaurant & Café · Käsemanufaktur
Tel. 036926/7100320 · www.wilhelmsgluecksbrunn.de
biohotel@wilhelmsgluecksbrunn.de · 99831 Creuzburg **BIO HOTELS**

BLITZER BUSSGELD FAHRVERBOT

RECHTSANWALT DR. AMMER
hilft schnell, zuverlässig und kompetent
deutschland- und europaweit
Telefon 030 315 080 72
www.dr-ammer.de

Partnerschaften

Frau, 71, wünscht brieflichen Gedankenaustausch über „Gott und die Welt“ mit gebildetem, belesenem, (r)echtem Mann. Gesunden Menschenverstand und Naturliebe setze ich voraus. **Chiffre 5-04/2020**

In wilden Zeiten neue Bekanntschaften oder die Partnerschaft fürs Leben finden?
Hier ist der richtige Platz für Ihre Anzeige!
anzeigen@jungefreiheit.de

Partnerschaften

Sie, Ende 60, naturverbunden, bodenständig, gesundheitsbewußt, konservativ sucht Gedankenaustausch mit klugen Menschen! **Chiffre 1705/2020**

In wilden Zeiten neue Bekanntschaften oder die Partnerschaft fürs Leben finden?
Hier ist der richtige Platz für Ihre Anzeige!
anzeigen@jungefreiheit.de

Freiheit bewahren -

Es geht um Ihr Selbstbestimmungsrecht, um Therapiefreiheit und Methodenvielfalt, es geht um die Zukunft Ihres Heilpraktikers - Helfen Sie mit!

Unterstützen Sie die Petition unter:
change.org/p/petition-für-den-erhalt-des-heilpraktikerberufes-in-seiner-gesamten-vielfalt
Im Namen unzähliger Patienten
Werner Beismann, Hannover